

Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft
des Schwarzwald-Baar-Kreises
Sitzung am 07.07.2014

Drucksache Nr. 092/2014 öffentlich

Bekanntgaben und Verschiedenes Zielkonzept 2025 des Landes für den Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg

Anlagen: keine

Gäste: keine

Sachverhalt:

Anfang Juni hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) in einem „Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Baden-Württemberg“ seine Pläne für die künftige Ausgestaltung des SPNV vorgestellt. Erklärtes Ziel ist es, die Nachfrage im öffentlichen Verkehr bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Zusätzlich fand am 23.06.2014 eine Konferenz statt, bei der das MVI u. a. die Landratsämter über seine Pläne informiert hat.

Das Zielkonzept sieht folgende Eckpunkte vor:

- Landesweit soll von 5:00 bis 24:00 Uhr, an Wochenenden von 7:00 bis 24:00 Uhr, ein Stundentakt als Mindeststandard angeboten werden. Auf nachfrageschwächeren Linien soll zu den Randzeiten ggf. ein Rufbussystem die Schienenverbindung ersetzen. Das Land hat klargestellt, dass es diese Rufbusse als eine Form des Schienenersatzverkehrs versteht und deshalb aus Landesmitteln finanzieren wird.
- Angebotsverdichtungen über den Stundentakt hinaus sind abhängig von der Nachfrage, d. h. ab 5.000 Fahrgästen pro Tag auf dem Streckenabschnitt zwei Zugpaare, ab 10.000 Fahrgästen drei Zugpaare pro Stunde.
- Derzeit bestehende Angebote sollen insofern gesichert werden, als es zu keinen Streckenstilllegungen kommen soll. Bis zum Jahr 2020 gewährt das Land auch Bestandsschutz für Verkehrsangebote, die über dem Landesstandard liegen. In diesen Fällen soll eine Fahrgastzahlsteigerung angestrebt werden, ansonsten muss ab 2020 eine kommunale Mitfinanzierung erfolgen. Ausdrücklich nicht umfasst von den Standards und damit auch der Status quo-Sicherung sind „Strecken, auf denen kein regelmäßiger täglicher SPNV stattfindet, z. B. Strecken, die nur im Schüler- oder Ausbildungsverkehr bedient werden“.

Die gesamte Konzeption steht unter Finanzierungsvorbehalt. Da bereits jetzt die Regionalisierungsmittel, die das Land für den SPNV vom Bund erhält, nicht ausreichen, kann die insgesamt über das Land geplante Angebotsausweitung nur finanziert werden, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

1. Durch den Vergabewettbewerb werden Kostensenkungen erreicht.
2. Die Regionalisierungsmittel des Bundes werden aufgestockt, dynamisiert und unter den Ländern neu, für Baden-Württemberg vorteilhafter verteilt.
3. Das Land erhält eine höhere Beteiligung an den Fahrgeldeinnahmen.

Die vorgelegte Konzeption enthält lediglich grobe Eckpunkte, die in vielen Bereichen noch Interpretationsspielräume belassen. Dennoch soll eine erste Einschätzung der möglichen Auswirkungen auf den Ringzug und den Schwarzwald-Baar-Kreis vorgenommen werden.

➤ **Stundentakt**

Nach den Zielsetzungen des Landes würde das Angebot des Ringzuges von derzeit 6:00 bis 20:00 Uhr auf 5:00 bis 24:00 Uhr ausgedehnt werden. Außerdem würde der derzeitige Zweistundentakt am Wochenende auf einen Stundentakt ausgeweitet. Äußerst fraglich ist, ob die derzeit bestehenden Verstärkerzüge zur Bewältigung der Schülerverkehrsspitzen erhalten blieben.

➤ **Angebot entsprechend der Nachfrageklassen**

Für die Ermittlung der vom Land für die Taktdichte zugrunde gelegten Nachfrageklassen liegen der Verwaltung keine Zahlen vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Ringzug insgesamt der Nachfrageklasse I, d. h. ein Zugpaar pro Stunde, unterfällt. Dies bedeutet, dass auf der Strecke Rottweil – Villingen - Donaueschingen lediglich ein Zugsystem angeboten würde. Unklar ist, ob für den Abschnitt Villingen – Donaueschingen mit Schwarzwaldbahn und Ringzug zwei Systeme (ohne kommunale Beteiligung) dauerhaft erhalten bleiben können.

➤ **Höhere Beteiligung des Landes an Fahrgeldeinnahmen**

Dies würde letztlich zu einer Verschlechterung der Einnahmen bei den Verbänden und dem Ringzug führen, die zumindest anteilig vom Landkreis auszugleichen wären.

Das Land hat angekündigt, Regionalkonferenzen abhalten zu wollen, in denen auf die regionalen Details eingegangen werden könne und auch Wünsche und Anregungen der regionalen Akteure aufgenommen würden.